

Aus der Mitte der Linken dem Rechtstrend die Stirn bieten – in Sachsen Weichen stellen, wie's mit Deutschland weiter geht

„Rette sich, wer kann“ und „Wir bleiben hier!“ – ein Zusammentreffen, aus dem Zukunft wächst, wenn wir wissen, wer wir sind.

Von Rico Gebhardt, März 2016

Sachsen ist seit Jahren ein Hauptschauplatz des von Fremdenfeindlichkeit befeuerten „Kulturkampfes“ um die Migration in Deutschland. Was sich hier seit Herbst 2014 verstärkt mit der Pegida-Bewegung und immer mehr geistesverwandten „Nein zum (Flüchtlings-)Heim“-Initiativen Bahn brach, scheint sich im Frühjahr 2016 deutschlandweit auszubreiten. Selbst in Baden-Württemberg, einer der wirtschaftsstärksten Regionen Europas, erreicht die rechtspopulistische Partei, deren Bundesvorsitzende ihr faktisches Hauptquartier als Fraktionsvorsitzende bei uns im Sächsischen Landtag hat, einen Status als drittstärkste Partei und sogar zwei großstädtische Direktmandate.

In den aktuellen Landtagswahlergebnissen spiegelt sich auch die Zuspitzung hausgemachter sozialer Ungerechtigkeiten unter den Einheimischen wider: Abgehängte Bevölkerungsgruppen einzelner Wohnquartiere, aber auch die Bevölkerung ganzer Regionen fühlen sich verraten und verlassen. Familien wurden auseinandergerissen oder mussten ihre Heimatregion verlassen. Die sage und schreibe 15 rechtspopulistisch eroberten Wahlkreise in unserem Nachbarland Sachsen-Anhalt bilden fast durchweg eine Landkarte von Deindustrialisierung und Rekordarbeitslosigkeit in den neunziger Jahren sowie damit einhergehender hoher Abwanderung. Zurück blieb eine kollektive Perspektivlosigkeit, wie wir sie auch aus Regionen in Sachsen kennen. Zusammen mit dem Bedienen rassistischer Ressentiments ergibt sich so eine brandgefährliche Mischung.

Das traditionell flächendeckend dicht besiedelte Industrieland Sachsen, das historisch immer wieder eine Schlüsselrolle spielte – von der Reformation bis zur friedlichen Revolution – ist längst zum Brennglas europaweit ausgetragener Konflikte geworden. Die politische Linke, zu der DIE LINKE gehört, kann einen bedeutenden Beitrag zur zivilen Lösung dieser Probleme im Geist des Humanismus leisten, wenn sie sich auf ihre Kernkompetenzen besinnt: die Gleichwertigkeit aller Menschen immer und überall, den Vorrang der Menschenwürde vor der Logik des „Humankapitals“, kurzum eine Politik, für die der Mensch im Mittelpunkt steht.

Wir haben zur Kenntnis zu nehmen: Das Modell Rot-Rot-Grün ist – außerhalb von Thüringen, wo es ebenso effizient wie gesellschaftlich anerkannt gut funktioniert – in die Defensive geraten. Diese drei Parteien haben trotz gesteigener Wahlbeteiligung am vergangenen Wahlwochenende in drei Bundesländern unterm Strich mehr als eine Viertelmillion Stimmen verloren. In Sachsen-Anhalt sind fast sächsische Verhältnisse eingezogen, allerdings mit weniger CDU und noch mehr AfD.

Wir sächsische LINKE müssen am Beispiel Sachsen zeigen, wie der Trend nach rechts, der hier übrigens schon in den neunziger Jahren seinen Ausgang nahm, wieder gedreht werden kann: in Richtung eines humanistischen Leitbildes. Gerade in den vergangenen turbulenten Monaten hat es eine Vernetzung vieler Menschen gegeben, die in diese Richtung wirken möchten. Dieser gesellschaftspolitischen ganz großen Koalition des guten Willens, die von Wertkonservativen bis Linken reicht und Christen wie Atheisten umfasst, wollen wir eine vernehmbare Stimme geben. Aber auch den Menschen, die sich einfach mit Fragen an uns gewandt haben. Denn glaubwürdig ist nur eine Politik, die sich ehrlich um Antworten bemüht. Fürs Wehklagen wird niemand gewählt.

Mit diesem Papier möchte ich einerseits öffentlich Rechenschaft über den Zwischenstand gemeinsamer Überlegungen ablegen, einige Schlussfolgerungen aus den parlamentarischen und außerparlamentarischen Erfahrungen dieser Zeit ziehen und zugleich ein paar praktische Vorschläge machen für alle, die nicht an das inszenierte Dogma der „Flüchtlingskrise“ glauben, sondern dem Ideal der Aufklärung folgend auf wirkliche Ursachen und Wirkungen schauen.

Wir erleben – grob vereinfacht auf den Punkt gebracht – keine Flüchtlings-, sondern eine allgemeine Integrationskrise, die mit „Globalisierung“ sprachlich weichgespült wird, aber Menschen zutiefst verstört. Sparkonten und Lebensversicherungen büßen ihren Ertrag ein, und bei uns in Sachsen verlieren dann noch die wenigen ökonomischen Leuchttürme ihre Strahlkraft für Arbeit und Kaufkraft, aktuell Vattenfall, Bombardier, VNG, VW Sachsen usw.

Ich will all denen, die mit kritischen Fragen auf der Suche sind, verdeutlichen, dass wir LINKE auch eine „Mitte“ haben, dass wir nicht primär aus dem „Nein“ zur Politik anderer Parteien existieren, sondern aus dem „Ja“ zu dem, was die Gesellschaft zusammenhält. Nicht weil es schön klingt, sondern weil wir in einer anderen Republik ankommen würden, wenn wir sie den Seehofers und Petrys überlassen.

Die gesellschaftliche Vernunft ist in Sachsen viel zu lange durch die von CDU-Größen geförderte und begünstigte Irrlehre rechtskonservativer Extremismus-Theoretiker gelähmt worden, die antidemokratische Rechte und demokratische Linke als gleich gefährliche „Ränder“ stigmatisierten, die Folge: Die sogenannte Mitte der Gesellschaft wurde geschwächt bis zur Ohnmacht, weil die Zivilcourage, die das Rückgrat der wehrhaften Demokratie ist, als „linksextrem“ denunziert und Sachsen zur Hochburg menschenfeindlicher Gewalt der extremen Rechten wurde.

Mein Angebot zu einem parteiübergreifenden humanitären Grundkonsens bei der Aufnahme von Geflüchteten in Sachsen verstehe ich auch als ein Angebot an die demokratischen Kräfte, Sachsen aus seiner unseligen Vorreiterrolle auf dem Weg in die Sackgasse herauszuführen, an deren Ende eine öde Festung steht, in der sich niemand mehr zu Hause fühlt.

Warum es nicht reicht, empört „außer sich zu sein“

In Zeiten wie diesen, da offene Grundsatzfragen polarisieren, alle demokratischen Parteien gewohnte Gewissheiten einbüßen, Freundeskreise und selbst Familien entzweit werden und Menschen miteinander in Streit geraten, die bisher mit sich und der Welt im Reinen waren, geht es nicht nur darum, der Hysterie zu entsagen. Wir brauchen auch als Linke eine eigene Mitte, einen geistigen Fixpunkt, der uns bei all den Gratwanderungen, die uns in diesen stürmischen Zeiten abverlangt werden, nicht abstürzen lässt. Ein bequemer Rückzug auf die vermeintlichen Pole der Vergangenheit (Fundi-Realo, Idealismus-Pragmatismus, Parlament-Bewegung usw. usf.) verbietet sich von selbst.

Warum wir jetzt besonnen „in uns gehen“ müssen

In Tagen wie diesen, da außerparlamentarische Bewegung überwiegend von rechts zu kommen scheint (obwohl die größte außerparlamentarische Bewegung Zehntausende Flüchtlingshelfer_innen sind), Verrohung wie Verunsicherung im öffentlichen Raum Platz greifen und die sogenannte Mitte der Gesellschaft merkwürdig verlassen wirkt, steht die politische Linke vor einer historischen Herausforderung. Unser Anspruch war

nie, nur am Rande zuzuschauen und es besser zu wissen. Wir sind nicht als moralisierende Mahnwache gewählt, sondern als politische Akteurinnen und Akteure, die mit linker Perspektive für eine bessere Welt arbeiten, in der niemand mehr aufgrund von sozialer oder geographischer Herkunft abseits stehen muss.

Ausweg aus „Alternativlosigkeit“ erarbeiten

In Tagen wie diesen brauchen wir den offenen Diskurs über alternative Szenarien, denn nichts lähmt die demokratische Kultur so sehr wie behauptete und geduldete angebliche Alternativlosigkeit. Wir wollen als LINKE in Sachsen bis Herbst 2018 eine Alternative Landesentwicklungskonzeption ALEKSA 2.0 (als Fortschreibung des 2004 vorgestellten ersten ALEKSA) vorlegen. Die Landtagsfraktion hat sich daneben fürs laufende Jahr „Gesundheit geht uns alle an“ als Schwerpunkt-Projekt vorgenommen. Nach der Definition der Weltgesundheitsorganisation WHO ist Gesundheit „ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen“.

Partei ergreifen für den inneren Frieden

In diesem Sinne ist der Mensch das Leitbild unserer Politik. Die Schaffung bestmöglicher Rahmenbedingungen für seine Verwirklichung, das ist das Herzstück linker Gesellschaftsveränderung. Das innere Gleichgewicht, ohne dass es Gesundheit nicht gibt, sollte auch die Gesellschaft auszeichnen. Damit wir uns nicht alle gegenseitig verrückt machen. Zivilität ist das Gebot der Stunde. DIE LINKE ist bekannt als Friedenspartei, mit der Bedeutung: engagiert für nichtmilitärische Lösungen in der Außenpolitik. Jetzt können und müssen wir zeigen, dass wir auch eine Lobby für den inneren Frieden sind – für gewaltloses, gleichberechtigtes Zusammenleben in einem sozialen Land.

Sachsen zwischen Genialität und Wahnsinn

Die Flüchtlingsfrage beschert uns in allen großen demokratischen Parteien Versuche von Antworten, die das gewohnte politische Koordinatensystem in Frage stellen. So wie in der CDU um das „C“ gerungen wird (von Verwerfungen in anderen Parteien ganz zu schweigen), geht es auch beim Update linker Politik unter rasantem Veränderungsdruck um nicht weniger als den Kern: unsere sozialen, humanistischen und demokratischen Grundüberzeugungen.

Es ist Fluch und Segen als Linke in Sachsen zu sein. Das Segensreiche: Hier werden seit Jahrhunderten gesellschaftliche Widersprüche besonders zugespitzt ausgetragen, was offenbar Erkenntnis fördert: Wer nach den Wurzeln von Arbeiter-, Mieter oder Schreberbewegung sucht, um mal nur drei Beispiele herauszugreifen, wird hier fündig. Der Fluch: Diese eigentlich positive Radikalisierung in Richtung Fortschritt – radix (Lateinisch) = Wurzel – geht einher mit Zuspitzungen des Gegensätzlichen, des Reaktionären. Aktuell: Nirgendwo sonst ist die asylfeindliche „Nein-zum-Heim“-Bewegung stärker, nirgendwo sonst gibt es so viele Pegidisten wie hier.

Mensch im Mittelpunkt

In Leipzig findet in diesem Jahr der 100. deutsche Katholikentag statt. Sein Motto: „Seht, da ist der Mensch“. Dabei soll der Umgang mit Flucht und Migration eine zentrale

Rolle spielen. Ganz oben im Programm sehen wir die Aussage: „Der Mensch steht im Mittelpunkt“. Nun haben sich die Sachsen 150 Jahre lang von Religion als Herrschaftsfaktor emanzipiert. Das organisierte Christentum ist im Freistaat seit vielen Jahrzehnten die Sache einer – überwiegend sozial und karitativ höchst löblich engagierten – Minderheit. Mensch im Mittelpunkt – das aber müsste das Programm der übergroßen Mehrheit sein.

Ist es wahrscheinlich eigentlich auch. Die Knappschaft als älteste Sozialversicherung der Welt kündigt von acht Jahrhunderten sächsischer Tradition des Kampfes um die Durchsetzung dieser Wahrheit: Der Mensch steht im Mittelpunkt. Der Fortschritt ist kein Selbstzweck, er hat dem Menschen zu dienen. Der Bergbau förderte nicht nur das Unterste zuoberst, er ließ auch die scheinbare Harmonie vorheriger bäuerlicher Verhältnisse – untergehen. Die vergleichsweise frühe Industrialisierung bescherte Sachsen Konflikte, die andernorts erst ein halbes Jahrtausend später auf der Tagesordnung standen. Und Lösungen. Sogar soziale.

Deshalb ist LINKE „Arbeiter_innenpartei“

Im Mittelpunkt dieser widerspruchsvollen Geschichte steht der werktätige Mensch – nichts, was gesät, geerntet, gebaut und bewirtschaftet worden ist, gäbe es ohne ihn. Was die Herrschenden ver- und zuteilen, haben werktätige Menschen geschaffen – das ist bis heute so, wo der Staat verwaltet, was Steuern zahlende Leute ihm abzugeben haben. Deshalb verstehen sich Linke nicht nur gefühlt zuvörderst als „Arbeiter_innenparteien“, also als Lobby all derer, in deren Lebensmittelpunkt die Existenz sichernde Tätigkeit steht.

Natürlich kann ein Immobilien-Großbesitzer oder ein Aktienfonds-Manager links orientiert eingestellt sein. Das wünschen wir uns sogar! Im Zentrum aber stehen diejenigen, die u.a. am Fließband oder Laptop, in der Maschinenhalle oder am Schreibtisch, in der Schule oder in Verwaltungen mit der Anstrengung ihrer Hände und des eigenen Kopfes materielle und ideelle Werte schaffen, davon leben und im Alter eine Rente beziehen, in der sich diese Lebensleistung widerspiegeln sollte – gerade auch dafür kämpfen Linke!

Doppelte Enttäuschung im Arbeitermilieu

Nach der Wende ist uns Linken im Osten, vor allem auch in Sachsen, die Arbeiter_innenschaft, hier verstanden als der von physischer Lohnarbeit abhängige Teil der Bevölkerung, politisch weitgehend abhandengekommen. Aus Enttäuschung über den untergegangenen „Arbeiter- und Bauernstaat“ und voller Hoffnung in die mit den Segnungen westlicher Marktwirtschaft verbundenen neuen politischen Eliten – Stichwort „König Kurt“ in Sachsen – wählten die Arbeiter_innen gerne CDU. Die Deindustrialisierung der neunziger Jahre und das von CDU und SPD betriebene systematische Schleifen der Sicherungssysteme, wie bei der Arbeitslosen- und Rentenversicherung mit der Folge Hartz IV plus Altersarmut, von denen diese Schicht wie keine andere abhängig ist, führte zu einer doppelten Enttäuschungserfahrung des Milieus. Aber erst der CDU-Wärmeersatz für soziale Sicherheit, nämlich das Schüren „nationaler Wallungen“, die Überhöhung Sachsens gegen alles „von außen“, das fast chauvinistische Beschwören der Sachsen als Schicksalsgemeinschaft führte zu ambivalenten Antworten mit dem Stimmzettel: Nach absoluten Mehrheiten für die CDU, wurde im Jahre 2004 – für zehn Jahre – die NPD in den Sächsischen Landtag gewählt.

Wurde 2004 in Sachsen noch ungeachtet des Erfolges der neofaschistischen Rechten in Zeiten sozialer(!) Proteste auch die demokratische LINKE gestärkt, artikuliert sich der Protest mittlerweile immer stärker mit rechten Vorzeichen und geht mit hohem Nichtwähler_innenanteil einher. Es ist dabei völlig unerheblich, dass weder NPD noch AfD die ramponierte soziale Gerechtigkeit wiederherstellen wollen. Sie bieten den in der gesellschaftlichen Hierarchie eher unten Stehenden die nationale Erhabenheit der „Deutschen“ über „Griechen“ und „Arabern“ an.

Deshalb geraten dort, wo der Protest über die Stränge schlägt, auch nicht die Paläste der Profiteure der Ungleichheit ins Visier, sondern die Hütten der Geflüchteten. Das ist nicht nur unanständig und dumm, sondern auch paradox, denn die Masse der Geflüchteten, die nichts lieber wollen als so schnell wie möglich in Arbeit zu kommen, und gar kein Vermögen (mehr) haben, mit dem sie jemandem gefährlich werden könnten, wird das gesellschaftliche Gewicht der Arbeitnehmerschaft verstärken.

Wir LINKE wollen die Arbeiter_innenschaft zurückgewinnen, weil weder die schwarze, braune, hellrosa oder blaue politische Konkurrenz ihre Interessen vertritt. Die fortschreitende Akademisierung unseres Politiksprachs ist allerdings jenseits von hochschulpolitischen Verlautbarungen der breiten Meinungsbildung in unserem Sinne abträglich. Deshalb müssen wir in verständlicherer Sprache als bisher verdeutlichen: Wir bieten allen Menschen eine politische Heimat, die um ihren eigenen Wert wissen und gerade deshalb nicht auf Kosten anderer leben wollen.

Wir stehen ein für die vier Garanten grundsätzlicher Gleichheit in unserer Gesellschaft:

- eine Schule für alle bis mindestens Klasse 8,
- eine Bürger_innenversicherung für alle,
- eine solidarische Mindestrente für alle
- eine sanktionsfreie Mindestsicherung für alle

Krise der Regionen

Nach der Wende ist aber auch Sachsen etwas verlorengegangen, was dem Selbstbewusstsein der Bevölkerung ungeachtet aller Sachsenstolz-Beschwörungen der dauerregierenden CDU das Rückgrat gebrochen hat: das sozioökonomische Fundament der Regionen. Heute ist außer Leipzig und Dresden (und vielleicht noch Chemnitz/Zwickau) fast überall gefühlte Provinz, man spricht von „ländlichen Räumen“, die es bisher im fast überall dicht besiedelten Industrieland Sachsen kaum gegeben hat. Die meisten strukturbestimmenden Betriebe sind weg, und vielerorts auch die jungen Frauen, weshalb etwa im Landkreis Bautzen in der Gruppe der 18- bis 30-Jährigen nur 80 Frauen auf 100 Männer kommen.

Es nimmt daher nicht wunder, dass es genau solche Regionen sind, in denen bereits infolge von Deindustrialisierung und Abwanderung massive soziale Desintegration herrscht, bevor der erste Geflüchtete angekommen ist. Ja, es verwundert wenig, dass sich viele Menschen in solche Regionen, die sich selbst verlassen fühlen, mit Neuankömmlingen noch schwerer tun. Als Rechtfertigung für fremdenfeindliche Übergriffe kann dies jedoch nicht herhalten.

Wir LINKE wollen den Regionen den ihnen zu Unrecht angehefteten Makel des Provinziellen, Abgehängten, Perspektivlosen nehmen. Die Regionen brauchen keine gnädigen

Stippvisiten von Regierungsvertreter_innen oder einzelne Modellprojekte. Sie müssen raus dem Schatten der Metropolenleuchttürme. Wir stehen ein für die vom Grundgesetz garantierte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse überall in Deutschland und damit auch in Sachsen. Die Ziele unserer Politik sind:

- Es muss überall gleich viele gute Gründe geben zu bleiben, nur andere.
- Jeder Ort in Sachsen muss attraktiv genug sein als Wohn- und Lebensort für Beschäftigte der gewerblichen Wirtschaft.
- Es darf im öffentlichen Personennahverkehr keine weißen Flecken geben.
- Flüchtlinge wollen wir als neue Landbewohner_innen gewinnen.

Mit Flüchtlingsfamilien Strukturschwäche überwinden!

So wie die durch „Die Kinder von Golzow“, die längste Dokumentation der Filmgeschichte, berühmte Schule in dem brandenburgischen Dorf durch die gezielte Ansiedlung zweier syrischer Familien gerettet worden ist (<http://www.spiegel.de/schulspiegel/kinder-von-golzow-fluechtlinge-retten-grundschule-a-1052017.html>), gibt es auch in Sachsen die große Chance, bedrohte öffentliche Daseinsvorsorge mit Hilfe von Flüchtlingen und Einwanderern zu bewahren, zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Ein schönes Beispiel ist auch die ungarische Ärztin, die vom ehemaligen Bürgermeister aus Arzberg mit Mann und fünf Kindern in die Gemeinde „geholt“ wurden ist und so neben der Praxis auch noch die bedrohte Grundschule gesichert hat. Zugleich können so Regionen verjüngt und Nachwuchs nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die soziale Infrastruktur (z.B. Freiwillige Feuerwehr!) gewonnen werden.

Auch in kleineren Orten oder entlegenen Regionen in Sachsen sind Menschen aus Syrien, Irak oder Afghanistan angekommen. Ob diese Gebiete für sie nur eine Durchgangsstation bleiben oder die Zugezogenen zu neuen Bürger_innen werden, hängt auch davon ab, ob die Gemeinden sie als Chance zur Milderung der demografischen Probleme sehen. Wo sich Geflüchtete, Spätaussiedler, Zuwanderer und Menschen aus anderen EU-Staaten dauerhaft niedergelassen haben, konnten Schulen vor der Schließung bewahrt werden, wurde Leerstand zu Wohnraum, sind neue Geschäfte oder kleine Unternehmen entstanden und stehen neue fähige und hochmotivierte Arbeitskräfte zur Verfügung

Solche schönen Beispiele sind aber nicht nur kommunalpolitisch Verantwortlichen als Anstoß zu empfehlen – sie sind auch ein Fingerzeig an die Landespolitik, planmäßig Gegenden in Sachsen ausfindig zu machen, in denen Flüchtlingsfamilien über mehrere Dörfer und Kleinstädte hinweg ein langfristiges Geflüchteten-Netzwerk bilden können, aus dem sich selbstorganisierte Geschäftsmodelle in Handel, Gastronomie und Handwerk sowie eine Erhöhung der örtlichen Kaufkraft ergeben können. Statt der destruktiven Panik vor Flüchtlingen, die derzeit im Regelfall nach Anerkennung ihres Status‘ das Weite suchen und Richtung westdeutsche Großstädte ziehen, wäre dies ein Modell zum gegenseitigen Nutzen. Gemeinden, die sich gezielt um neue Mitbürger_innen aus der großen Zahl der Geflüchteten bemühen, sollten dabei Unterstützung durch das Land erhalten.

Die pauschale Polemik gegen „Parallelgesellschaften“ hallt oft durch Gassen und manche Politikerstuben, wenn es um die Ankunft von Geflüchteten geht. Unter diesem Stichwort verrufene Viertel zeichnen sich aber weniger durch Abschottung einer Ethnie als vielmehr durch eine Mischung sozialer Perspektivlosigkeit und Bandenkriminalität

aus, insofern bildet auch das Milieu deutscher jugendlicher Intensivstraftäter eine „Parallelgesellschaft“. Genau deshalb verkennt diese pauschale Zuschreibung, dass jeder Mensch seine „Community“ braucht, in der er sich in seiner Eigenheit aufgehoben fühlt. Auch deutsche Auswanderer in den USA oder griechische Migranten in Australien haben solche „Communities“ gebildet. Sie können die Integration in die Mehrheitsgesellschaft fördern, indem man sich zum Beispiel wechselseitig zum Weg in eine selbstständige geschäftliche Existenz verhilft, was allemal besser ist, als jahrelang vom Jobcenter verwaltet zu werden. Deswegen sollte auch DIE LINKE neben der Wertschätzung des einzelnen Individuums eine viel größere Akzeptanz von gesellschaftlichen Gruppen entwickeln.

Im Übrigen können sich aus den ökonomischen Aktivitäten sesshaft gewordener Geflüchteter Synergieeffekte mit dem ortsansässigen Mittelstand ergeben: neue Liefer- und Produktionsketten. Nicht zuletzt neue Ideen, die Menschen aus anderen Kulturkreisen naturgemäß mitbringen.

Veränderungen wegzureden kostet nur Zeit und Kraft

Der Zyklus der Veränderungen hat sich seit einigen Generationen mit wachsender Geschwindigkeit so sehr beschleunigt, dass zwischen den ersten Vorböten des Neuen in der einen Ecke der Welt und den Auswirkungen am anderen Ende nur noch Monate oder wenige Jahre liegen. Umso unermesslich größer und dank zeitgenössischer Kommunikationstechniken unermesslich umfangreicher sind die propagandistischen Bemühungen der Beschwörung, es werde sich rein gar nichts ändern. Wenn wir nur alles richtig machten.

Sachsen ist zum Brennpunkt einer epochalen Kontroverse um Mobilität und Migration geworden. Mit ein paar lockeren Sprüchen wie „Die Leute hier seien einfach zu wenig an Fremde gewöhnt“ und „Man muss sie nur beharrlich aufklären und schulen, dass Migration historisch immer mehr Vor- als Nachteile gebracht hat“, lässt sich dieser Brennpunkt nicht entsorgen. Wir beherrschen noch die Kunst, zwischen den Zeilen zu lesen, auch die Wahrnehmung von Wirklichkeit zwischen Schublade parteipolitischer oder massenmedialer Sortierung.

So sehen die Menschen schneller, dass „Sachsen“ in Europa überall ist, wenngleich in unterschiedlicher Schärfe der Auseinandersetzung. Vor allem haben sie nach 1990 eines gelernt: Für sie hat sich alles geändert und für die Menschen im Westen eigentlich fast gar nichts. Ich halte das persönlich für die größte Nichtintegrationsleistung der neuesten deutschen Geschichte, die bis heute nachwirkt. Der westdeutschen Bevölkerung wurde maximal der grüne Pfeil an der Ampel zugemutet, die Ostdeutschen hatten sich unter Aufsicht zu assimilieren. Wenn noch nach der Statistik von 2013, also 24 Jahre nach dem Fall der Mauer, 80 Prozent der Abteilungsleiter in sächsischen Ministerien einen westdeutschen Migrationshintergrund haben, dann erstaunt es angesichts solcher Unterrepräsentanz der „eingeborenen“ Bevölkerung nicht, wenn viele Leute das Gefühl haben: Es werden Entscheidungen über uns hinweg getroffen, wir sind eigentlich gar nicht beteiligt.

Wenn nun manche wie der CDU-Fraktionsvorsitzende Frank Kupfer meinen, nur für die Neubürger_innen aus Syrien, dem Irak und anderswo werde sich was ändern müssen, werden wir mit der Integration Schiffbruch erleiden: Einheimische wie Neuankömmlinge. Integration ist, ob nach 1945 mit den Flüchtlingen aus dem Osten, seit den fünfziger und sechziger Jahren mit Millionen vermeintlicher „Gastarbeiter“ und noch mehr Aus-

siedlern bzw. Spätaussiedlern in der Bundesrepublik, ab 1989 mit den Wanderungsbewegungen zwischen Ost- und Westdeutschland oder 2015/2016 mit dem einstweiligen Höhepunkt der Fluchtbewegung aus dem Nahen Osten, eine Generationenaufgabe. Im deutlichen Widerspruch zu den Horror-Szenarien sächsischer CDU-Größen ist die deutsche Integrations-Geschichte der letzten sieben Jahre insgesamt eine Erfolgsgeschichte, Länder wie Frankreich haben bei diesem Thema mehr Probleme. Ich will, dass Sachsen Sachsen bleibt, deswegen will ich, dass sich Sachsen verändert. Und das heißt vor allem: öffnet. Was sich nicht wandelt, geht zugrunde – diese Wahrheit der Evolution dürfte gerade im naturwissenschaftlich geprägten Sachsen allgemein geläufig sein.

„Sachsen“ trifft auf „Syrien“

Verhandelt wird beim Thema „Integration“ heute wie früher die Frage: Wie und mit wem wollen wir morgen leben? Wir Linke glauben, dass die Gesellschaft ihr Entwicklungspotenzial aus den eigenen Widersprüchen schöpft. Als in der Geschichte der „Klassenkampf“ als Begriff die Bühne betrat, war er in der Unerträglichkeit des Daseins kinderreicher Habenichtse („Proletarier“) längst Realität. So ging es nicht weiter. Wie jetzt in Syrien, wo die durchschnittliche Lebenserwartung seit Beginn des Bürgerkrieges von fast 80 Jahren auf nur noch 55 Jahre abgestürzt ist. Binnen fünf Jahren ein Vierteljahrhundert weniger individuelle Lebenserwartung – diese schier unvorstellbare statistische Zahl steht für den fast vollständigen Zusammenbruch von Lebensperspektive.

In Sachsen ist das übrigens genau andersherum: Hier haben wir wie in den meisten Regionen Europas eine kontinuierlich ständig steigende Lebenserwartung einer – auch infolge weniger Kinder – durchschnittlich immer älteren Bevölkerung. „Wir bleiben hier!“ ist heute anders als in 89er Wendezeiten nicht nur ein Ruf, sondern im Regelfall Realität. Das Markenzeichen der Wirtschaft heißt nicht mehr „Westen“, sondern „Region“, für Produktion und Einkauf gilt: Je näher, desto besser. Das könnte alles so schön gemütlich werden, umspannt von einem Staats-Marketing „So geht sächsisch“. Geplant war mit der sächsischen Kampagne, den sächsischen Chauvinismus gegenüber zumindest den anderen ostdeutschen Bundesländern fortzusetzen. Damit musste die Kampagne im letzten Jahr faktisch zusammenbrechen, als „Syrien“ („Rette sich, wer kann!“) auf „Sachsen“ („Wir bleiben hier!“) stieß und es mit der Gemütlichkeit ein jähes Ende nahm.

Wie an allen Ecken und Enden Deutschlands auch, denn die Orientierung auf „Region“ gehört überall zur kollektiven Identitäts-Grundausstattung. Das Sachsen-Spezifische wurde eine militante Gemütlichkeitsverteidigung, die eine historische Renaissance des Begriffs „Mob“ bescherte.

Nun stehen wir Linke scheinbar in der Zwickmühle. Sind wir es nicht, so das gern von medialen Meinungsführern kolportierte Vorurteil, die der gemütlichen Gesellschaft nach Kräften Vorschub leisten: Wohlfühlen für alle, bitte nicht zu viel Stress, ein gesichertes materielles Auskommen? Tatsächlich aber ist unser Leitbild nicht die soziale Hängematte des passiven Versorgt-Werdens, sondern Fairness des Staates gegenüber dem „normalen“ Wunsch der – ALLER! – Menschen nach einem selbstbestimmten Leben ohne Angst vor sozialem Absturz. Dieser berechtigte Wunsch ist uns politischer Befehl und bestimmt die Marksteine unserer politischen Agenda landes- und bundespolitisch.

Die PDS Sachsen hat in den neunziger Jahren unter parteipolitisch höchst ungemütlichen Bedingungen das Programm „Leben in Menschenwürde“ erarbeitet. Wir standen 2004 mit an der Spitze der Bewegung gegen Hartz IV und die ganze Schröder'sche

Agenda 2010 -Sozialstaatsdemontage. Wir kämpfen heute um eine sanktionsfreie Mindestsicherung, was nichts anderes heißt als: Weil der Mensch im Mittelpunkt zu stehen hat, darf sein sozialkulturelles Existenzminimum nicht von der Staatsbürokratie in erpresserischer Absicht angetastet werden, um ihn zu einem konformen Verhalten zu nötigen.

DIE LINKE ist für mich wie für viele andere Linke aus der mittleren und älteren Generation im Osten die dritte Partei im Leben, wobei die soziale Idee der Solidarität zwischen Menschen verschiedener sozialer Herkunft und unterschiedlichen Alters für mich der rote Faden ist, der unsere politische Biographie zusammenhält. Jede dieser Etappen unterliegt zeitbedingten Mängeln: Der SED fehlte die Freiheit, der PDS der Westen, und der LINKEN? Vielleicht die Gewitztheit.

Bürokratieabbau von links

Die gesamtdeutsche LINKE ist aus dem „Nein“ zur Agenda 2010 und zum sogenannten Neoliberalismus geboren worden. Damals hieß das Dogma herrschender Politik „Deregulierung“, und so war es normal, dass wir bei der Wiederherstellung des demontierten Sozialen vor allem an Regulierung gedacht haben. Und weiter denken. Denn das „Prekariat“ unserer Tage, die, den ungesicherten Arbeitsverhältnissen Ausgesetzten, egal ob Reinigungskraft oder Nachwuchswissenschaftler sind ja zu einem guten Teil das gesellschaftliche Produkt des Tanzes der Deregulierer um das Goldene Kalb der befristeten Projekte, die den Einzelnen in ein lebenslanges Bewerbungsverfahren treiben, begleitet von marktgerechter Selbstoptimierung in physischer und mentaler Hinsicht.

Dieses linke Raster der Gesellschaftskritik reicht allerdings unter dem Druck der Fluchtbewegung nicht mehr aus. Die europaweite Vorrangprüfung beispielsweise, die die Einstellung des syrischen Pizzabäckers in Dresden blockiert, weil zunächst der sizilianische Arbeitslose, der sich gar nicht beworben hat, gefragt werden muss, ob er nicht für diesen Job nach Sachsen ziehen will, ist eine offenkundig nicht hilfreiche Regulierung. Ihre Abschaffung wäre kein Kniefall vor dem Neoliberalismus, sondern sozial vernünftig, siehe dazu auch „Sachsen und die Fluchtbewegung – auch DIE LINKE muss Frage beantworten können: ‚Wo führt das alles hin?‘“ (Rico Gebhardt, Oktober 2015). Das Gleiche gilt für das erdrückende Regelwerk, das unter der irreführenden Überschrift „Fordern und Fördern“ die Langzeitarbeitslosen demoralisiert.

Wir können also lernen: Es gibt auch einen Bürokratieabbau von links, eine Deregulierung um des sozialen Ausgleichs willen. Die Überregulierung ist ja Ausdruck des Misstrauens, das jede noch so gute einfache Regelung „missbraucht“ werden kann und deshalb um des Schutzes vor Missbrauch willen komplizierter gemacht werden müsse. Das führt letztlich nur zu einem florierenden Beratungswesen zwecks Umgehung dieser komplizierten Regelungen durch noch kompliziertere, sagen wir, Tricks. Zur Gelassenheit guter Politik gehört auch der Respekt vor der Freiheit der Menschen, nicht alle Regeln des Staates genau in der Zielrichtung zu nutzen, um derentwillen sie erfunden worden sind. Wer es mit der gerade von uns Linken proklamierten individuellen Selbstbestimmung ernst meint, sollte auch den Willen der Leute ernst nehmen, nach eigenen Plänen zu leben, und nicht nach denen, die wir uns für sie ausgedacht haben.

Die Angst vor dem Chaos nehmen

„Die Sachsen“ stehen fürs Funktionieren unter jeder Gesellschaftsordnung, was von

außen mal als Opportunismus gebrandmarkt, mal als Vigilanz gepriesen wird. Das zerbombte und zerrissene „Syrien“ steht für einen „gescheiterten Staat“, für die ultimative Dysfunktionalität. In Syrien liegen zwar die ältesten, kontinuierlich bewohnten Städte der Welt: Während wir stolz sind auf tausendjähriges Bestehen einzelner Siedlungen, wurde das zurzeit grauenvoll geschundene Aleppo vor viertausend Jahren erstmals erwähnt. Umso furchterregender ist es, wenn nun ein solches uraltes Kulturland samt seines reichen Weltkulturerbes gewissermaßen unmittelbar vor den Toren Europas in Schutt und Asche fällt.

Und es grassiert hierzulande die Angst, wir könnten von dieser Dysfunktionalität durch die große Zahl derer, die vor ihr zu uns geflüchtet sind, gewissermaßen angesteckt werden. Die in diesem Zusammenhang genannten Beispiele für chaotische Zustände haben jedoch alle ihre Ursache in einem dysfunktionalen Widerspruch unseres Sozialsystems: Auf der einen Seite werden schnell lebenslange Sozialversicherungs- und Steueridentifikationsnummern vergeben, auf der anderen Seite herrscht ein Wirrwarr von zeitweiligen aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Statusformen. Das passt einfach nicht zusammen.

Geschlossene Gesellschaft überwinden

Es scheint gerade in Sachsen und im Osten schizophren, dass sich Menschen 1989 aufmachten, festgefügte Mauern und Grenzen einzureißen und die geschlossene Gesellschaft der DDR hinter sich zu lassen, um nun der offenen Gesellschaft den Krieg zu erklären. Wenige Jahre nach dem Mauerfall gab es einerseits Freude über das Wegfallen immer mehr innereuropäischer Grenzen, andererseits häuften sich die Sorgen und Ängste. Nun kommt die Welt nach Sachsen, und viele Menschen fremdeln damit.

Auf der einen Seite wird zu Recht darauf verwiesen, dass sich die Grenzen der EU und von Deutschland nicht einfach dauerhaft ganz dicht machen lassen. Diese Aussage bleibt trotz der zurzeit mit willkürlichen staatlichen Grenzregimes verstopften „Balkanroute“ wahr. Denn Menschen werden sich andere Wege suchen, und nicht nur der frühere CDU-Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ist der Auffassung, dass der humanitäre Preis für das derzeitige Vorgehen mit den Grundwerten zivilisierter Länder unvereinbar ist. Auf der anderen Seite funktioniert unsere Gesellschaft in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht wie eine „Gated Community“, ein abgeschlossenes Wohngebiet mit Zugangsbeschränkungen. An den engen bürokratischen Zufahrtswegen stauen sich die Geflüchteten – das kostet nicht nur ihnen und ihren Helfer_innen viel Nerven, sondern auch den objektiv überlasteten Mitarbeiter_innen der Verwaltung, deren Regeln nicht zur gegenwärtigen Situation passen.

Nun umfasste schon bisher die durchschnittliche Akte für Menschen mit Hartz-IV-Bezug sage und schreibe 650 Seiten. Es gibt eigentlich keinen vernünftigen Grund, dieses System nun auf zu uns kommende Menschen zu übertragen, die oft schon nach wenigen Tagen in Deutschland mit mehr behördlichem Papierkram konfrontiert sind als zuvor in Jahrzehnten. Wir haben keine Geflüchteten-, sondern eine Bürokratiekrise. Diese Krise währt schon sehr viel länger, sie spitzt sich nun weiter zu. Damit sollte unsere Uralt-Forderung „Hartz IV muss weg“ eine ganz neue Dynamik entfalten.

Die „geschlossene Gesellschaft“ ist schon das Problem der prekarierten Akademiker_innen, die einfach keine Daueranstellung an der Universität bekommt. Das Problem der arbeitslos gewordenen Facharbeiter_innen, die einfach in keine Stammebelegschaft mehr rein gelassen werden. Das Problem eines Zehntels der Schülerschaft, die allein in

Sachsen schulabschlusslos und damit im Regelfall beruflich aussichtslos bleibt.

Wenn aber das bestehende System schon vor Beginn der großen Fluchtbewegung so viele Talente brach liegen lässt, dann ist es objektiv Ressourcenverschwendung, junge Erwachsene, tatendurstige Geflüchtete ein halbes Dutzend Jahre in aneinandergereihte Bildungsmodule zu zwingen, die ihren Lebenserfahrungsschatz ignorieren. Wer seit seinem 14. oder 15. Lebensjahr in seinem Beruf gearbeitet hat und sein Handwerk praktisch versteht, sollte nicht mit 22, 23 als Geflüchteter in eine ihm völlig fremde Theorie gezwungen werden, die er dann frühestens vielleicht als 30-Jähriger voll verstanden haben könnte, wenn er nicht vorher verzweifelt ist.

FAZIT:

1. Menschen lassen sich durch Stacheldraht, Bewegungsmelder und Überwachungskameras nicht abschrecken, ihr Glück in Europa, in Deutschland, in Sachsen zu suchen. Ihnen bleibt ja auch nichts anderes übrig, denn im eigenen Land haben sie meist keine Zukunft mehr.
2. Wir können es schaffen, den gegenwärtigen gesellschaftlichen Rechtstrend umzukehren. Wenn wir uns nicht in kleinteiliger Kritik an beklagenswerten Phänomenen abarbeiten, sondern unsere eigene Botschaft kommunizieren, die da lautet: Eine Gesellschaft, die auf Ausbeutung und Unterdrückung – zumindest eines Teils der Gesellschaft – aufgebaut ist, wird nicht menschlicher, wenn wir versuchen, uns die Menschen vom Hals zu halten, die in Not an unsere Tür klopfen.
3. Wir haben die Menschen davon zu überzeugen, dass sich die Krisen der sozialen und regionalen Spaltung, die vor dem Hintergrund der Fluchtbewegung stärker bewusst werden, sich nicht mit den Geflüchteten abschieben lassen. Im Gegenteil: Sie würden sich nur weiter verschärfen, wie auch das Ressentiment gegenüber Menschen, die dann gar nicht mehr da sind. Beides lässt sich in osteuropäischen Ländern beobachten.
4. Bleiben die Flüchtlinge bei uns, können wir mit ihnen zusammen die derzeitigen Krisen auflösen, die wir ohne sie auch schon hatten. Ob Angela Merkel soweit gedacht hatte, wage ich zu bezweifeln. Aber dafür hat unser Land DIE LINKE.
5. Dafür müssen die bürokratischen Blockaden gelöst werden, die das zigtausenfache Engagement aus der Zivilgesellschaft für Geflüchtete im Alltag immer wieder ausbremsen und erschweren. Hierzu gehört, dass die „Liste des Irrsinns“ wie der, dass von einem syrischen Arzt als Bedingung für seine Approbation verlangt wird, er möge bitte ein Führungszeugnis der Polizei seines früheren Heimatlandes vorlegen, vor deren Verbrechen er geflüchtet ist, abgeschafft wird.
6. Wir wollen nicht nur lästige landesrechtliche Regelungen aufheben, sondern zugleich eine schnellstmögliche Bundesratsinitiative vorbereiten, mit der Sachsen auf Abschaffung unsinniger, integrationsfeindlicher Regelungen des Bundes drängt. So könnte sich Sachsen beim Thema Asyl auch einmal einen guten Namen machen. Wir als LINKE bieten insbesondere der Integrationsministerin, dem Wirtschafts- und dem Innenminister an, in Zusammenarbeit mit Geflüchteten sowie ihren Unterstützerinnen und Unterstützern entsprechende Informationen zuzuarbeiten, damit die Regierungsamtliche Integrationspolitik mehr Bodenhaftung und Realitätssinn bekommt.
7. Last but not least: Der Kampf gegen die Fluchtursachen geht uns also alle an! Syrien ist der Spielball in einem knallharten wirtschaftlichen Konflikt um den globalen

Energie-Markt geworden. Es geht um den Zugriff auf Erdöl und Erdgas und um die Währung, in der diese Ressourcen bezahlt werden. Die Amerikaner haben viel zu verlieren, die Russen auch. Der Strippenzieher im Hintergrund kommt aus Saudi-Arabien. Direktes Militärisches Mitläufertum der Bundesrepublik oder indirektes, wie z.B. durch Waffenlieferungen, verschärft die Fluchtursachen.

Wir als LINKE sind Gegenwind gewohnt – er hat uns letztlich immer wieder stärker werden lassen. Weil unsere Idee von der Gleichheit freier Menschen nachhaltiger ist als alle Ideologien der Diskriminierung und Ausgrenzung. Die Ehrlichkeit gebietet allerdings die Einsicht: Diese Idee ist aus der Sicht vieler Menschen ihrem Alltag entflohen. Deshalb müssen wir uns jetzt wieder mehr „erden“. Wir brauchen ein praktisches Update von: „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ im Sinne eines „Prekarierte jeder Herkunft, macht gemeinsame Sache!“

So wie wir vom Ministerpräsidenten verlangen, Integration zur Chefsache zu machen, werde ich persönlich dafür Sorge tragen, alle in diesem Papier genannten Punkte auf die Tagesordnung von Partei, Fraktion, Parlament und entsprechenden Gesprächsrunden zu setzen. Ich möchte zugleich auf der Grundlage dieser Überzeugungen mit möglichst vielen Menschen ins Gespräch kommen, die zurzeit mit uns fremdeln.